



SACHSEN-ANHALT

LANDESVERWALTUNGSAMT

Landesjugendamt

Referat Familie und Frauen

Landesverwaltungsamt · Postfach 20 02 56 · 06003 Halle (Saale)

An die Träger der stationären Kinder-  
und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich:  
Jugendämter der Landkreise  
und kreisfreien Städte

### Information zum Gesetz für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz)

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 01.03.2020 wird das Masernschutzgesetz in Kraft treten. Mit dem Inkraft-  
treten gilt ab dem 01.03.2020 für Menschen in Gemeinschaftseinrichtungen  
nach § 33 Infektionsschutzgesetz (IfSG) eine Impfpflicht gegen Masern. Dem-  
nach muss für Kinder und Jugendliche in stationären und teilstationären Ein-  
richtungen der Kinder- und Jugendhilfe ein Impfschutz gegen Masern nachge-  
wiesen werden. Der Nachweis ist ebenfalls von Mitarbeiter\*innen zu erbringen,  
welche nach dem 31.12.1970 geboren wurden und in Gemeinschaftseinrich-  
tungen tätig sind (§ 20 Abs. 8 IfSG). Nachfolgende Ausführungen beziehen  
sich auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung und den Gesetzesbeschluss  
des Dt. Bundestages zum Gesetz für den Schutz vor Masern und zur Stärkung  
der Impfprävention.

#### Folgende Maßnahmen sind konsequent zu berücksichtigen:

- Nach § 20 Abs. 9 IfSG haben Personen, die ab 01.03.2020 in Gemein-  
schaftseinrichtungen nach § 33 IfSG betreut werden sollen oder Tätig-  
keiten ausüben sollen, der Leitung der jeweiligen Einrichtung vor Be-  
ginn ihrer Betreuung oder ihrer Tätigkeiten einen Nachweis über den  
vollständigen Masernschutz zu erbringen (Impfdokumentation, ärztli-  
ches Zeugnis).

Halle, 26. Feb. 2020

Ihr Zeichen:

Mein Zeichen: 502.3.13

Bearbeitet von: Frau Güttner

Tel.: (0345) 514-1639

Fax: (0345) 514-1719

#### Hauptsitz:

Ernst-Kamieth-Straße 2  
06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-0

Fax: (0345) 514-1444

Poststelle@

lvwa.sachsen-anhalt.de

#### Internet:

[www.landesverwaltungsamt.sachsen-anhalt.de](http://www.landesverwaltungsamt.sachsen-anhalt.de)

#### E-Mail-Adresse

nur für  
formlose Mitteilungen  
ohne elektronische Signatur

**Sachsen-Anhalt**  
**#moderndenken**

Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt  
Deutsche Bundesbank  
BIC MARKDEF1810  
IBAN  
DE21 8100 0000 0081 0015 00

- Die Leitung der Einrichtung darf eine Person, die keinen Nachweis erbringt, nicht in Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 aufnehmen oder Tätigkeiten übertragen (§ 20 Abs. 9 IfSG).
- Wenn sich aus dem Nachweis ergibt, dass ein Impfschutz gegen Masern erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist oder vervollständigt werden kann, hat die Leitung der jeweiligen Einrichtung unverzüglich das Gesundheitsamt, in dessen Bezirk sich die Einrichtung befindet, darüber zu benachrichtigen und dem Gesundheitsamt personenbezogene Daten zu übermitteln (§ 20 Abs. 9 IfSG).
- Für Kinder und Mitarbeiter\*innen, die vor dem 01.03.2020 eine Gemeinschaftseinrichtung besuchen oder dort tätig sind, gilt eine Übergangsfrist für die Nachweiserbringung bis zum Ablauf des 31.07.2021 (§ 20 Abs. 10 IfSG).
- Wenn der Nachweis nicht bis zum 31.07.2021 erbracht wird, hat die Leitung der jeweiligen Einrichtung unverzüglich das Gesundheitsamt zu benachrichtigen (§ 20 Abs. 10 IfSG).
- Das Gesundheitsamt kann bei Nichtvorlage des Nachweises bei ihm zu einer Beratung laden und die Person zu einer Vervollständigung des Impfschutzes gegen Masern auffordern (§ 20 Abs. 12 IfSG). Zusätzlich kann ein Bußgeld verhängt werden (§ 20 Abs. 12 IfSG). Das Bußgeld kann auch gegenüber der Einrichtung verhängt werden, die nicht geimpfte Kinder und Mitarbeiter\*innen zulässt (§ 73 IfSG).
- Das Gesundheitsamt kann einer Person, die innerhalb einer angemessenen Frist keinen Nachweis vorlegt, untersagen, dass sie die Räume der Einrichtungen nach § 33 IfSG betritt oder dort tätig wird (§ 20 Abs. 12 IfSG).

#### **Ausnahmeregelungen zur Nachweiserbringung in Heimen nach § 33 Nr. 4 IfSG:**

- „Personen in Kinderheimen und Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge müssen bereits vier Wochen untergebracht sein und haben der Leitung der jeweiligen Einrichtung innerhalb von vier weiteren Wochen oder, wenn sie am 1. März 2020 bereits betreut werden oder untergebracht sind, bis zum Ablauf des 31. Juli 2021 den Nachweis vorzulegen“.<sup>1</sup> „Eine Masernimpfpflicht darf nicht dazu führen, dass eine Inobhutnahme und nachfolgende Unterbringung, sowie stationäre Erziehungshilfe aus Kinderschutzgesichtspunkten unterbleibt, weil kein hinreichender Impfschutz des betreffenden Kindes oder Jugendlichen besteht beziehungsweise nachgewiesen werden kann. Daher wird für in Heimen betreute Personen eine vierwöchige Übergangszeit festgesetzt, nach der diese Person erst einen ausreichenden Impfschutz gegen Masern oder eine Immunität gegen Masern aufweisen müssen“.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Bundesministerium für Gesundheit, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/impfpflicht/faq-masernschutzgesetz.html>, 06.02.20

<sup>2</sup> Dt. Bundestag, Entwurf eines Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention, Drucksache 19/13452, 23.09.2019, S. 27

Für weitere Auskünfte und Fragen wenden Sie sich bitte an die für ihre Einrichtung zuständige Sachbearbeiterin oder den zuständigen Sachbearbeiter der betriebserlaubniserteilenden Behörde. Weiterführende Informationen finden Sie auch auf der Homepage des Landesjugendamtes Sachsen-Anhalt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Vahl

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt,  
ist ohne Unterschrift gültig.